

Fraktion DIE LINKE / GAL

Rede zum Entwurf des Haushalts 2013

Keine Zustimmung findet der Entwurf des Haushaltes 2013 bei der Fraktion Die Linke / GAL. Grund dafür ist vor allem die in diesem Jahr wirksam werdende Erhöhung der Grundsteuer B um sage und schreibe 32 Prozent.

Somit zahlen die Kamenerinnen und Kamener die Kosten einer verfehlten Steuerpolitik der letzten Bundesregierungen – egal ob rot-grün, schwarz-rot oder schwarz-gelb. Es gab

- die Abschaffung der Vermögenssteuer
- die Senkung des Spitzensteuersatzes
- die Schaffung von Steuerschlupflöchern für Unternehmen
- die Entlastung von Energiekosten für Unternehmen, die besonders viel Energie verbrauchen.

Insgesamt eine Mischung von einer Wirtschaftspolitik, bei der man den Reichen gibt und die Armen unter Druck setzt, und von ganz simpler Klientelpolitik.

Die Folgen:

1. die Schere zwischen Reich und Arm in Deutschland geht immer weiter auseinander geht und
2. die öffentliche Hand nimmt immer weniger ein. Die entstehenden Defizite gab der Bund an das Land und das Land wiederum an die Kommunen weiter. Gleichzeitig wurden den Kommunen immer neue Aufgaben erteilt, die dann auch aus deren Mitteln bezahlt werden müssen.

Jetzt drehen Kommunen an der Einnahmeschraube – jedenfalls da, wo sie drehen können. Und mit der Erhöhung der Grundsteuer B (und gerade nicht der Gewerbesteuer) setzen sie die Politik der Bundesregierungen mit ihren Mitteln fort. Der eine Verlierer der Steuerpolitik (die Kommunen) nimmt es von dem anderen

(den Menschen, die nicht so viel verdienen. Denn die Erhöhung der Grundsteuer B trifft die am meisten, die gerade über dem ALG-II-Satz liegen und somit kein Wohngeld bekommen. Und besonders die, die weil sie zum Beispiel viele Kinder haben, mehr Wohnraum brauchen.

Was tun?

Wir fordern eine dauerhafte Vermögenssteuer sowie eine einmalige Vermögensabgabe, um reiche Haushalte in Deutschland deutlich stärker als bisher für die Finanzierung des Gemeinwesens heranzuziehen – und somit auch den Kommunen zugute kommt. Dieser Forderung haben sich inzwischen unter anderen die Räte der Städte Duisburg, Herne, Oberhausen, Iserlohn und Bochum angeschlossen. Unsere Fraktion wird in dieser Hinsicht im nächsten Jahr im Stadtrat aktiv werden.

Und was bringt es uns:

- es war der erste Sommer ohne Freibad in Heeren (als ich nach Kamen zog, hatte jeder der drei großen Stadtteile ein Frei- und ein Hallenbad),
- Spielplätze kommen auf den Prüfstand und werden abgebaut,
- das leer stehende Hertie-Haus ist von einem Magneten zu einem Schandfleck in der Innenstadt geworden (natürlich liegt die Schuld dafür weder bei der Verwaltung noch beim Rat – aber geändert hat sich seit Jahren nichts).

Trotzdem ist Stadt-Marketing nicht angesagt in Kamen: hier fällt der Ansatz im Haushalt um 40 Prozent. Eine Stelle ist dort nicht mehr nötig... Und das alles trotz Hertie und trotz vieler Leerstände in der Innenstadt.

Doch die Stadt gönnt sich auch einiges. Da wird auf rund 400.000 Euro verzichtet, die Parkgebühren einbringen könnten. Dieses Geld würde (fiktiv) ausreichen, so hatte ich im letzten Jahr schon gerechnet, um das Freibad Heeren weiter zu betreiben und sämtliche Kürzungen im

Haushaltssicherungskonzept in den Bereichen Musikschule, Schulen, Stadtbücherei, Spiel- und Bolzplätze, ÖPNV-Angebote auszusetzen. Jetzt ist auch die Stadt Werne den Schritt zu den Parkgebühren gegangen.

In Kamen läuft es anders: Nein, die Stadt nimmt keine Parkgebühren! Das kann sie den Bürgerinnen und Bürgern, den Geschäftsleuten und den bei denen Beschäftigten nicht antun. „Vorgeschiedt“ wird jetzt ein privater Betreiber; an den verpachtet sie ein heruntergekommenes Parkhaus, damit das Gebäude renoviert wird und dort Parkgebühren genommen werden. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt!

Daneben die ärgerliche halbe Million, die die Betriebsführungsgesellschaft und ihre Stadthalle verschlingt. Ohne ein Konzept vorzulegen, fährt die Geschäftsführung Jahr für Jahr das gleiche Minus ein – und Jahr für Jahr zahlen wir aus dem Stadtsäckel.

Ein paar Worte zur Kamener Kultur, deren Ziele im Haushalt mit den Worten

„Sicherung“ und „Erhalt“ beschrieben werden:

- die Musikschullehrerinnen und -lehrer können von ihrer Arbeit eigentlich nicht leben, denn die 13 Stellen sind auf eine Teilzeitbeschäftigung von 5 bis 25 Stunden reduziert, als ein Ziel des Betriebs der Musikschule wird die „Reduzierung des Zuschussbedarfs der Stadt Kamen (HSK-Maßnahme 26)“ formuliert. Das klingt im Bereich der musikalischen Bildung ja sehr innovativ.
- Wir hoffen, dass die von der Gemeinde Bönen formulierten Einsparungsziele bei der VHS nicht umgesetzt werden. Die Folge wäre ein gravierender Qualitätsverlust im Bereich der Erwachsenenbildung.
- „Erhöhung der Ausleihquote und der Besucherzahlen“ und „Erhöhung der Anzahl der Museumsbesucher“ wird für die Stadtbücherei und das Museum positiver formuliert.

Zuletzt noch ein Blick über den Tellerrand:

Das private Nettovermögen in Deutschland hat sich seit 1992 auf rund zehn Billionen Euro mehr als verdoppelt. Mehr als die Hälfte dieses Vermögens gehört dabei nur zehn Prozent der Bevölkerung. Allein die privaten Vermögen des reichsten einen Prozents der Bundesbürger sind höher als alle Schulden von Bund, Ländern und Kommunen zusammen.

Es gilt das gesprochene Wort

Klaus Dieter Grosch  
(Fraktionsvorsitzender)